

Der Handlungsgärtner

Abonnementspreis

bei direktem Bezug vom Verlag:
für Deutschland, Oesterreich
und Luxemburg M. 5.— jährl.,
für das Ausland M. 8.— jährl.,
durch die Post oder den Buch-
handel M. 20.— jährlich.
Ausgabe jeden Freitag.

Handelszeitung für den deutschen Gartenbau

Begründet von Otto Thalacker. — Verlag: Thalacker & Schwarz, Leipzig, Weststr. 58.

Inserate

80 Pfennige für die vier-
gespaltene Nonpareille-Zeile,
auf dem Umschlag 40 Pfennige,
im Reklameteil M. 1.— für
die zweigespaltene 105 mm
breite Petit-Zeile.

Das Abonnement gilt fortlaufend u. kann nur durch Abbestellung 14 Tage vor Jahresschluß aufgehoben werden.

Beachtenswerte Artikel

in vorliegender Nummer:

Die Beschäftigung ausländischer, namentlich polnischer Arbeiter in Landwirtschaft und Gartenbau.

Der Handel der Niederlande in Blumenzwiebeln im Jahre 1911.

Erste deutsche Gartenbauwoche vom 7. bis 13. Juli in Bonn.

Die Berliner Frühjahrs-Orchideenschau im preussischen Abgeordnetenhaus.

Die insektenfressenden Pflanzen. I.

Knollen- und Zwiebelgewächse für den ersten Frühjahrsflor aus der Gruppe der Lilienblütigen. II.

Heimische Frühjahrsblüher für Garten und Park.

Charakterpflanzen und Nutzpflanzen der deutschen Kolonien. III. Der Affenbrotbaum oder Baobab.

Pelargonienstecklinge.

Die Geschäftslage der deutschen Gärtner im März 1912.

Rechtspflege, Verkehr, Ausstellungen, Unterrichtswesen, Kultur, Fragekasten für Rechtsangelegenheiten, für Praxis und Wissenschaft u. s. w.

Die Beschäftigung ausländischer, namentlich polnischer Arbeiter in Landwirtschaft und Gartenbau.

Die Heranziehung ausländischer Arbeiter ist in Deutschland schon oft Gegenstand erregter Debatten gewesen. Man hat es den Arbeitgebern verdacht, daß sie ohne Not Arbeiter fremder Völkerschaften über die Grenze hereinlocken und so den einheimischen Arbeitern eine fühlbare Konkurrenz schaffen. Nun ist ohne weiteres zuzugeben, daß es eine nationale Pflicht ist, an erster Stelle den einheimischen Arbeitern Arbeitsgelegenheit zu verschaffen und ausländische Arbeiter erst heranzuziehen, wenn die Inlandskräfte versagen. Aber was hat denn zur Einbringung der Ausländer in unsere vaterländischen Wirtschaftsgebiete geführt? Der Mangel an einheimischen Arbeitern, das Hochschrauben der Lohnentschädigungen, häufige Streikbewegungen usw., das waren die Faktoren, welche zum Import von Arbeitskräften aus dem Ausland, in erster Linie aus Polen, geführt haben und noch heute führen.

Das Reichsamt des Innern hat bekanntlich bei den Bundesregierungen angeregt, den Zuzug ausländischer, polnischer Arbeiter russischer oder auch österreichischer Staatsangehörigkeit aus „national-politischen Gründen“ nur noch insoweit zu gestatten, als wirtschaftliche Gründe diesen Zuzug unbedingt notwendig erscheinen lassen. Es sollen ähnliche Bestimmungen geschaffen werden wie in Preußen, wo die Beschäftigung ausländisch-polnischer Arbeiter nur in der Zeit vom 1. Februar bis 20. Dezember gestattet ist, und die Beschäftigung solcher Arbeiter in der ganzen Monarchie nur in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und deren Nebenbetrieben, wozu der Gartenbau gerechnet wird, zugelassen ist, während Industrie und Bergbau nur in Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien solche Arbeiter heranziehen dürfen. Soviel uns bekannt geworden ist, haben sich jedoch die verschiedenen Bundesstaaten wenig geneigt gezeigt, auf diesen Vorschlag einzugehen und wir verstehen auch die Gründe, welche hierfür maßgebend gewesen sind. Sind doch die Ausländer heute nicht nur in Landwirtschaft und Gartenbau, sondern auch in der Industrie unentbehrliche Arbeitskräfte geworden. Man nehme selbst einen kleinen Bundesstaat, wie z. B. das Großherzogtum Sachsen-Weimar an. Hier werden neben zahlreichen Ruthenen und

Böhmen rund 600 polnische Arbeiter österreichischer und russischer Staatsangehörigkeit in der Industrie beschäftigt. Davon entfielen allein 350 auf Kalk- und Zementwerke, 80 auf Kaliwerke usw. Die Weimarsche Handelskammer hat in einem Gutachten darauf hingewiesen, daß z. B. in den Kalk- und Zementwerken die fremde Hilfe unentbehrlich sei, weil sich gerade für diesen Industriezweig hinreichende Arbeitskräfte im Inland nicht finden. Und so ist es auch in der Landwirtschaft und im Gartenbau zur Erntezeit. Es ist ein Unding, daß z. B. die großen Samenfirmen ohne ausländische Arbeiter durchkommen könnten. Sie finden nicht genug inländische Arbeitskräfte, und dann wollen wir uns auch nicht verhehlen, daß die Ausländer ihre Arbeit wohlfeiler zur Verfügung stellen als die Inländer. Und es gibt eine ganze Anzahl Branchen, welche bei dem heutigen Stand gezwungen sind, die Produktionskosten so billig als möglich zu gestalten, wenn sie noch existieren wollen. Es ist doch bekannt, daß auch die Preise im Samengeschäft wesentlich zurückgegangen sind und deshalb sorgfältig kalkuliert werden muß, wenn das Geschäft rentabel bleiben soll. Wer will es da dem Arbeitgeber verargen, wenn er notgedrungen seine Augen dorthin richtet, wo sich ihm billigere Arbeitskräfte bieten? Der Selbsterhaltungstrieb führt dazu. Und in Zeiten, wo der inländische Arbeiter streikt, da bleibt dem Arbeitgeber ja gar nichts anderes übrig, als Hilfskräfte aus dem Ausland heranzuziehen, wenn er nicht schweren Schädigungen ausgesetzt sein soll. Sind doch in solchen Fällen ausländische Arbeitswillige auch unter dem Schutz der Behörden an die notleidenden Arbeitsstätten geführt worden. Unter solchen Umständen wäre es eine unglückliche Maßnahme, wenn auch die übrigen Staaten dem preussischen Vorbild folgen wollten. Zudem sieht man doch ganz deutlich, daß das Motiv, welches in Preußen zu der Verordnung geführt hat, mehr politischen als wirtschaftlichen Charakter hat. Es ist die „Polenfrage“, welche ausschlaggebend gewesen ist. Wir vermögen aber absolut nicht einzusehen, warum das Nationalgefühl besonders gestärkt werden sollte, wenn vom 20. Dezember bis 1. Februar, also 43 Tage, keine Polen beschäftigt werden dürfen, während man sie die übrigen 322 Tage lustig in Arbeit nehmen kann. Und wir sehen an dem Weimarer Beispiel, daß auch die Einschränkung auf land- und forstwirtschaftliche und Gartenbau-Betriebe unter Umständen sehr nachteilig für unsere wirtschaftliche Industrie werden könnte, weil sich für einzelne Zweige derselben im Inland nicht das ausreichende Material findet. Schon die Ausnahme, welche Preußen mit seinen vier östlichen Grenzprovinzen gemacht hat, zeigt, daß sich solche Maßnahmen nicht nach einem Muster treffen lassen. Gerade in wirtschaftlichen Dingen ist es gefährlich, nach der Schablone zu arbeiten.

Wir hoffen daher, daß auch andere Regierungen die Anregung werden auf sich beruhen lassen, wie es unseres Wissens bei der Weimarschen der Fall ist. Ist doch für Landwirtschaft und Gartenbau die Polonisierung der Arbeit auch in Preußen mit Ausnahme der 43 Tage freigegeben, weil man einsieht, daß ohne die Hilfe der Ausländer nicht durchzukommen ist. Warum dann überhaupt erst solche gesetzliche Maßnahmen treffen? Das Eindringen in die Industrie und das Verdrängen der einheimischen Arbeitskräfte aus derselben ist nicht zu fürchten, weil die Ausländer an die Geschicklichkeit und Intelligenz unserer deutschen Arbeiter nicht heranreichen.